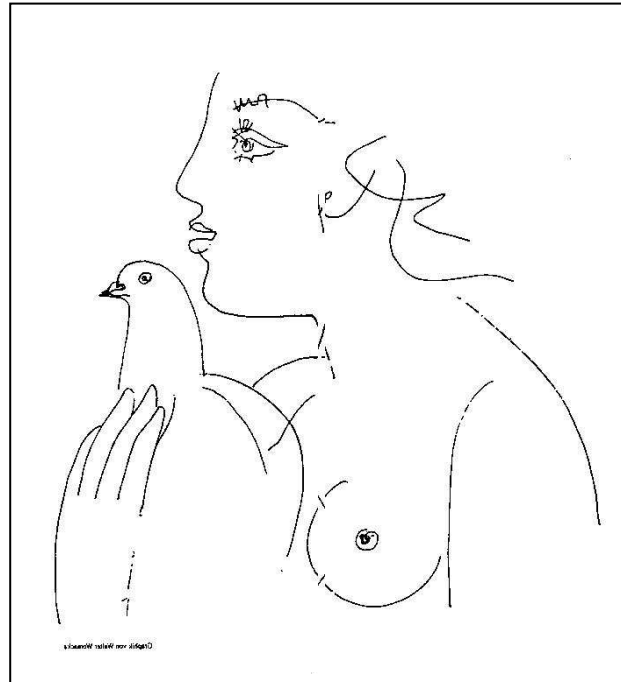


# Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 69



## Ölpest und Wahlkampf in den USA

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss: 1. August 2010

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

Als am 20. April 2010 die Bohrinself „Deepwater Horizon“, die vom Konzern British Petroleum (BP) betrieben wurde, im Golf von Mexiko explodierte und die in Brand geratene Bohranlage zwei Tage später im Meer unterging, war noch nicht klar, dass es sich um den Beginn einer außergewöhnlichen Umweltkatastrophe handelte, die nunmehr in die Geschichte der USA unter der treffenden Bezeichnung 'Ölpest 2010' eingegangen ist.

Das Jahr 2010 als Wahljahr mit den Zwischenwahlen am 2. November und damit ihrem Höhepunkt, der Neuwahl aller Abgeordneten des Repräsentantenhauses für zwei Jahre und der Wahl eines Drittels der freierwerdenden Sitze im Senat für sechs Jahre, zeichnet sich seit dem Frühjahr durch einen zunehmenden und oft auch zugespitzten Wahlkampf aus. Die Suche nach Lösungen aufgelaufener innenpolitischer Probleme konzentrierte sich auf den Kampf um die Verabschiedung einer Finanzmarktreform, einer Reform im Gesundheitswesen, von Veränderungen in den für die USA gültigen Einwanderungsvorschriften und nicht zuletzt um Reformen auf den Gebieten des Umweltschutzes und der Bewältigung des Klimawandels.

Diese mit dem Heft 67 „Kampf um den Kongress“ bereits veröffentlichte Analyse wird heute mit den Problemen und dem bisherigen Verlauf der „Ölpest 2010“ ergänzt.

Um die Gesamtheit und Vielfalt der Auswirkungen der Ölpest 2010 in den USA auf die Politik und Ökonomie im gesamten Land und speziell auf den Wahlkampf bis zum 2. November 2010 überschauen zu können, stützte ich mich insbesondere auf Pressemeldungen und Analysen in den Zeitschriften Stern und Spiegel sowie in den Zeitungen TAGESSPIEGEL, Berliner Zeitung, Neues Deutschland, Tageszeitung und Junge Welt. Auf Grund der vielen Quellenangaben nenne ich nur diejenigen direkt und ausführlich, die von ihrem Inhalt her dies unbedingt erfordern.

### **Zur Bedeutung des Golfs von Mexiko für die Volkswirtschaft der USA.**

An den Küsten rund um den Golf von Mexiko liegen die vier Bundesstaaten der USA Louisiana, Mississippi, Alabama und Florida. Geographisch verkörpern sie den Südosten der USA. Auf einem

Territorium von 534 553 km<sup>2</sup> leben rund 14 Millionen Bewohner mit einem bedeutsamen Anteil an Afroamerikanern (zwischen 20 und 40 Prozent). Das Gebiet verfügt über einen stattlichen Naturreichtum, darunter über bedeutsame Ressourcen an Rohstoffen wie Rohöl, Naturgas und Phosphat, fruchtbare Böden für ertragreiche Land- und Forstwirtschaft sowie eine entwickelte Fischwirtschaft, langjährige Erfahrungen in Wissenschaft und Technik bis hin zur Raumfahrtforschung, auf Grund attraktiver Landschaften über eine ausgedehnte und lukrative Tourismus-Industrie. 90 Prozent aller Meerestierarten im Golf von Mexiko sind von den Marschlanden abhängig, also von jenen Sumpfgebieten, die sich auf 12 000 km<sup>2</sup> am Mississippi-Fluss-Delta erstrecken. „Wenn das Öl bis hierher kommt, ist für viele Bewohner der Region das finanzielle Ende zu erwarten. Der bekannte Naturschützer Chris Pulaski spricht die Wahrheit aus: „Hier gibt es nicht eine Familie, die nicht von Fisch oder Öl abhängig ist, meist von beidem“.

Als typische Leistungen der vier Bundesstaaten für die gesamte Volkswirtschaft der USA gelten:

**Louisiana:** Bereits seit den sechziger Jahren bis heute sowohl hohe Anteile an der jährlichen Produktion von Rohöl und Naturgas sowie bei nachgewiesenen Reserven bzw. Ressourcen bei beiden Rohstoffarten. Größter Produzent von Meeresfrüchten in den USA mit einem jährlichen Umsatz von 1,8 Milliarden Dollar. Anbau von Baumwolle, Mais, Zuckerrohr, Obst und Gemüse.

**Mississippi:** Erdölprodukte, Kohle, Schwefel, Holz, Erze, Metalle, Getreide, Zucker u. a. Hochentwickelte Schifffahrtsindustrie.

90 Prozent aller Meerestierarten im Golf von Mexiko sind von den Marschlanden abhängig, vor allem von den Sumpfgebieten, die sich auf 12 000 km<sup>2</sup> im Mississippi-Fluss-Delta erstrecken.

**Alabama:** Da sich der überwiegende Teil des Bundesstaates unter dem Einfluss der versumpften Golfküstenebene befindet, dominieren in der Wirtschaft der Anbau und die Verarbeitung von Mais, Erdnüssen, Sojabohnen und Baumwolle. Der Bergbau besitzt große Traditionen und Möglichkeiten zum Einfluss auf die Volkswirtschaft der USA, besonders bei Kohle, Eisenerz, Erdöl und Naturgas. Schließlich hat der Bundesstaat Alabama Forschungsergebnisse in der Raumfahrt zu bieten.

**Florida:** Als südöstlichster Bundesstaat der USA und mit der Lage seiner Halbinsel bietet Florida die Besonderheit an, gleichzeitig mit dem Atlantik und dem Golf von Mexiko verbunden zu sein, wodurch die Wirtschaft anbieten kann: Vielseitige Arten von Südfrüchten und Gemüse, umfangreiche Produkte der Forstwirtschaft und als Spezialität die Phosphatgewinnung. Hoch entwickelt ist die elektronische Industrie. Das Raketenstartgelände Cape Canaveral bietet vielfältige Leistungen an. Schließlich ist Florida geradezu ein Paradies für die Tourismus-Industrie. Es werden Jahresumsätze in Höhe von sechs Milliarden Dollar erreicht.

Die Ölpest 2010 am Golf von Mexiko erweist sich mit ihren negativen Folgen für die gesamte Volkswirtschaft der USA bereits heute als die schlimmste Ölkatastrophe in der bisherigen Geschichte der USA.

Auf der Suche nach den kostbaren Rohstoffen Öl und Gas sind im gesamten Golf von Mexiko etwa 4 000 Plattformen aktiv. Sie fördern Öl und Gas für den US-amerikanischen Markt. Auf der Suche nach neuen Quellen dringen die Firmen in immer tiefere Gewässer vor. 41 von ihnen fördern bisher aus Tiefen über 1 000 Fuß (etwa 300 Meter).

Die Vergabe und der Erwerb von Bohrlizenzen machen deutlich: 65 Prozent erwarb British Petroleum, 25 Prozent erwarb die Firma Anadarko (Name eines 6 000 Einwohner zählenden Städtchens in Oklahoma) mit dem Sitz in Texas. (1)

Die verbleibenden 10 Prozent an Bohrlizenzen im Golf von Mexiko übernahm der riesige japanische Mischkonzern Mitsui.

Damit wird sichtbar, dass der Konzern British Petroleum (BP) am Golf von Mexiko eine besondere Rolle spielt. Er fördert hier insgesamt 65 Millionen Liter Öl am Tag.

Im Jahr 2009 verdiente der Konzern rund 17 Milliarden Dollar, also rund 46 Millionen Dollar pro Tag.

Kein anderes Unternehmen bohrt tiefer. Die allseits bekannte unersättliche Gier nach Gewinn an der Wall Street trifft am Golf von Mexiko voll auf die Gier der BP zu. Sie können nie genug bekom-

---

1) Mit 4 300 Mitarbeitern und einem jährlichen Umsatz von rund neun Milliarden Dollar gehört Anadarko zu den großen Kleinen in der Ölbranche. Von Anfang an war diese Firma nicht bereit, Mitverantwortung an dem Desaster zu übernehmen.

men. Es heißt, sie bohren bis zum Bruch. Und dieser Bruch geschah am 20. April 2010 hier im Golf mit der größten Umweltkatastrophe der USA in unserer Zeit.

Der demokratische Senator Norbert Chaber aus Louisiana erzählte in einem Interview von der kleinen Fischfarm, die seine Familie jahrelang betrieben hatte. Und er erzählte vom Öl, wie schwer es war, die örtliche Zentrale von BP nach Houma zu bekommen. "Wir haben dem Öl viel zu verdanken, unsere Straßen, Schulen und Arbeitsplätze. Deshalb seien die Menschen in Louisiana den Firmen wohl gesonnen". Nun beleidigt BP die Menschen, so der Senator.

Tausende Menschen aus den Anrainerstaaten – die Presse spricht von 30 000 – haben von Anfang an versucht, oft mit einfachen Hilfsmitteln, der Ölpest entgegenzutreten. Es ging ihnen um die Erhaltung der Natur und ihrer Existenzgrundlagen.

In Louisiana wurde der Notstand verhängt. Die US-Bundesstaaten Alabama, Florida und Mississippi folgten.

Die Regierung des Bundesstaates Florida will angesichts der Ölpest ein Verbot von Bohrungen vor der Küste in der Landesverfassung verankern. Gouverneur Charlie Christ berief für den 20. Juli 2010 eine Sondersitzung des Kongresses ein. Sollten beide Kammern im Bundesstaat Florida eine Änderung verabschieden, würde diese lt. Reuters am 2. November 2010 den Wählern vorgelegt werden.

## **Chronik zu einer der außergewöhnlichsten Umweltkatastrophen der USA (2)**

### **Tag 1 - 20. April 2010**

Auf der von BP mitten im Golf von Mexiko betriebenen Bohrinself „Deepwater Horizon“ ereignet sich eine Explosion. Das zur Bohrung in 1 500 Meter Tiefe benutzte Gas schoss stark zurück, grüne Blitze waren zu sehen, und die „Deepwater Horizon“ entzündete sich wie ein Feuerwerk. Vier Männer wurden von der Explosion auf dem Dach der Bohranlage zerfetzt. Weitere sechs Männer erwischte es im Bohrschacht. Die Druckwelle katapultierte einen

---

2) Siehe dazu auch Stern Nr. 23, 2.6.2010, S. 24 bis 40 sowie Berliner Zeitung vom 28.7. 2010 Seite 2 und 3

Kranführer aus seiner Kabine zu Tode. Diese 11 Männer können nie mehr geborgen werden.

Von den 126 auf der Bohrinself "Deepwater Horizon" anwesenden Arbeitern haben 115 überlebt, 17 davon erheblich verletzt. Das Versorgungsschiff „Bankston“ nahm sie auf und brachte alle in den Port Fourchon des US-Bundesstaates Louisiana.

### **Tag 2 - 21. April 2010**

Als das Versorgungsschiff „Bankston“ in den Hafen einläuft, warten an Land Beamte der Küstenwache und der Hafenbehörden. Sie nahmen die Personalien auf und begannen die Ermittlungen mit einem Drogentest. Löschboote versuchen vergebens, den Brand unter Kontrolle zu bringen.

Der Chef der Küstenwache, Admiral Thad Allen, wird von der Obama-Regierung als Einsatzleiter eingesetzt. Er berichtet dem Präsidenten über den jeweiligen Stand der Bemühungen um die Eindämmung der Ölpest. Der Öl-Konzern BP wurde dazu verpflichtet, bei seinen Maßnahmen alle vorgesehenen Neuerungen im Bereich von Technik und Technologie sowie deren praktische Einführung mit dem Admiral abzusprechen und bei Übereinstimmung gemeinsam in die Praxis umzusetzen.

Beamte der Küstenwache setzen ihre Ermittlungsarbeiten fort.

### **Tag 3 - 22. April 2010**

Eine Sprecherin der US-Küstenwache erklärte, dass von den Rohöl- und Dieselbeständen ein „potentielles Risiko“ ausgehe. Es gäbe aber keine konkreten Anzeichen, dass Öl austrete.

Die brennende Bohrinself „Deepwater Horizon“ versinkt

### **Tag 5 und Tag 6 - 24./25. April 2010**

Die US-Küstenwache erkennt zum ersten Mal, dass Öl aus mindestens zwei Lecks in 1 500 Metern Tiefe ins Meer strömt. Sie schätzt, dass es sich um 160 000 Liter pro Tag handelt. Danach wurde ein drittes Leck festgestellt.

**Tag 7 - 26. April**

Im Krisenzentrum der US-amerikanischen Filiale von BP, das in Westlake Boulevard eingerichtet worden ist, erklärte Andy Inglis, verantwortlich für die Ölsuche, unter anderem „Unsere Stärke liegt darin, an den Grenzen von Technik und Technologie zu operieren bei Projekten, die nur wenige angehen können.“

Dazu sei angemerkt, dass in der britischen Presse British Petroleum auch das „Goldman Sachs des Ölsektors“ genannt wird.

**Tag 8 - 27. April 2010**

BP veröffentlicht seine Quartalszahlen. Der Überschuss soll um 138 Prozent auf 4,8 Milliarden Dollar gestiegen sein.

**Tag 10 - 29. April 2010**

Der Ölteppich erreicht die Küste des US-Bundesstaates Louisiana und bedroht die Strände von Alabama und Mississippi mit ihren empfindlichen Ökosystemen.

**Tag 11 - 30. April 2010**

Ian McDonald, Professor für Ozeanografie an der Florida State University, analysierte das Ausmaß der Katastrophe. Nach seinen Berechnungen sind bereits fast 35 Millionen Liter ausgetreten, fünfmal mehr als von BP angegeben.

Am Meeresboden wird endgültig die Lage des dritten Öl-Leck festgestellt. Der 5 000 km<sup>2</sup> große Ölteppich kam dem Festland weiter bedrohlich nahe.

Der Chef der US-Küstenwache und Einsatzleiter des Krisenstabes der Regierung, Admiral Thad Allen, charakterisiert das in einer Wassertiefe von 1 500 Metern havarierte Bohrloch, aus dem seit zwei Wochen unkontrolliert Öl in den Golf von Mexiko strömt, als „eines der kompliziertesten Probleme, mit denen wir je zu tun hatten“. Die tatsächliche Menge des austretenden Öls sei kaum zu bestimmen. Vermutet werden täglich 800 000 Liter. BP wollte versuchen, wenigsten eines von drei Lecks an der auf den Meeresboden gesunkenen Steigleiter abzudichten.

Laut US-Innenminister Ken Salazar kann es indes noch drei Monate dauern, bis der Austritt des Öls endgültig gestoppt ist.

Nach Aussagen der US-Wetterbehörde bewegt sich der Öl-Teppich weiter auf die Bundesstaaten Alabama und Florida zu. Unverändert bedroht bleiben die Bundesstaaten Louisiana und Mississippi. US-Medien berichteten von verendeten Tieren wie Wasserschildkröten, Krabben und Vögeln. Bei der Bekämpfung des auf der Meeresoberfläche schwimmenden Öls mit Feuer sind viele seltene Meereschildkröten getötet worden. Die Mitte Juni gemeldeten 320 toten Schildkröten wurden von Tierschützern untersucht. Die Kadaver seien Beweismittel gegen BP; denn der Nachweis, woran jedes einzelne Tier verendet ist, diene als Beweismittel für fahrlässige Ölförderung des Konzerns. (3)

**Zu diesem Zeitpunkt erklärte US-Präsident Barack Obama die Ölpest zur „nationalen Katastrophe“. Er stoppte bis auf weiteres die Genehmigungen für Ölbohrungen im Golf.**

**Tag 13 - 2. Mai 2010**

Präsident Barack Obama fliegt ein. Er trägt keine Krawatte und braucht keine Gummistiefel, um Tatendrang signalisieren zu können.

Er verspricht keine radikalen Maßnahmen wie in der Finanzkrise. „Er habe seine Schularbeiten schon gemacht; denn das Öl eigne sich nicht für 'Revolutionen' in einem Land, das rund 20 Prozent der weltweiten Energien verbraucht.“

Offensichtlich hat er bereits, gestützt auf seine Berater und Experten, eine konkrete Vorstellung über die erlittenen, aber vor allem über die in Zukunft zu erwartenden Lasten und Kosten aus dieser Katastrophe für die Volkswirtschaft der USA.

Andererseits darf er keine Fehlentscheidungen zulassen, die BP aus der Verantwortung entlassen könnten und dann die US-Administration verpflichten würden, alle Kosten zu tragen. Sein

---

3 (Ende Juni 2010 reichten die drei Tierschutzorganisationen „Animal Welfare Institute“ (AWI), „Animal Legal Defense Fund“ und das „Center for Biological Diversity“ Klage gegen BP ein, die Öl an der Wasseroberfläche großräumig abfackelte und dabei Tiere bei lebendigem Leibe verbrannte.)



Hauptgegner in diesem „Ölkrieg“ ist klar: Tony Hayward, der Chef des allmächtigen Konzerns BP.

### **Tag 14** - 3. Mai

Das Innenministerium ordnet die Inspektion aller 30 Tiefseebohrinseln und 47 Plattformen an. Der Minerals Management Service (MMS), die Aufsichtsbehörde, hat keinen guten Ruf. Der MMS vergibt jedes Jahr im Mai Auszeichnungen für besondere Sicherheitsleistungen von Ölfirmen bei ihren Bohrversuchen.

Die Gala wird für 2010 abgesagt. Einer der Preisträger wäre die „Deepwater Horizon“ gewesen.

### **Tag 16:** 5. Mai

Techniker verschließen das kleinste der drei Lecks. An der ausströmenden Ölmenge ändert sich kaum etwas. BP plant für die anderen zwei Lecks je eine Stahlkuppel zu setzen, je 100 Tonnen Gewicht. Drei Tage später ist dieser Versuch gescheitert.

### **Tag 21** - 10. Mai

Der 73-jährige Professor Robert Bea Berkley / Kalifornien, der mehr als 600 Unfälle in der Öl-Branche untersucht und selbst schon auf brennenden Ölplattformen gestanden hat, erklärte an diesem Tag seine Bereitschaft, bei den Ermittlungen als Gutachter für das Weisse Haus zu helfen. Bezeichnend seine erste Bewertung: „Dieses Unglück hat sich über Jahrzehnte angekündigt.“ Die privaten Ölfirmen hätten immer mehr eigene Experten als Ratgeber und Gutachter eingesetzt, weil das für sie billiger war. Das Wissen von eigenständigen Fachleuten wurde nur dann angekauft, wenn man glaubte, anders nicht auskommen zu können: „Statt Ingenieure bekamen Anwälte und Buchhalter das Sagen.“

### **Tag 23** - 12. Mai

Der Leiter der Behörde MMS ( Minerals Management Service) am Golf von Mexiko, Michael Saucier, erklärt bei einer Anhörung: Er habe zwar BP die Genehmigung zum Bohren am Macondo Feld erteilt, aber auf die zwei Mal gestellte Frage, ob BP jemals nachgewie-

sen habe, ob der Blowout Preventer (Sicherheitsventil) auf der „Deepwater Horizon“ das Bohrloch im Notfall hätte schließen können, geantwortet: „Nein. Soweit ich weiß, haben sie das nicht gemacht. Unsere Behörde überlässt es den betreffenden Firmen, zu prüfen und zu bescheinigen, dass ihre Sicherheitsventile und andere wichtige Geräte für den Notfall funktionieren, bevor sie sich an die Arbeit machen.“

### **Tag 26 - 15. Mai**

Im BP-Krisenzentrum zeigt ein Computer, dass zu diesem Zeitpunkt 530 Schiffe an der Rettungsaktion beteiligt sind. Etwa 500 Menschen von 200 Organisationen und 160 Firmen arbeiten rund um die Uhr für die Lösung der Probleme.

Steven Chu, Nobelpreisträger und Obamas Energieminister, ist mit seinem eigenen Institut im Zentrum eingezogen. Ein Experte für Bohrungen auf dem Mars ist dabei, ein Nuklearphysiker und ein Professor des renommierten MIT aus Boston.

Ingenieure aus aller Welt wollen helfen. BP's Konkurrenten Shell und Exxon haben ihre Experten geschickt. Fachleute von außerhalb schlagen vor, Dispersionsmasse gleich am Bohrloch ins Meer zu geben. Die Umweltbehörde gibt das Verfahren frei.

### **Tag 34 - 23. Mai**

Was alle sehen, sieht nun auch BP: Die Ölpest 2010 in den USA sei katastrophal!

### **Tag 38 - 27. Mai**

Die Direktorin der MMS, Elisabeth Birnbaum, tritt zurück. Sie war nur 10 Monate im Amt. Sie übernimmt die Verantwortung für die Korruptionfälle, die vor ihrer Amtszeit geschahen. Und auch für ihr mangelndes Feingefühl; denn nach der Explosion der „Deepwater Horizon“ war sie als Einzige der verantwortlichen Behördenleiter in Washington in ihrem Amt geblieben.

Am gleichen Tag reist Professor Jan MacDonald von der National Wildlife Federation, der größten US-amerikanischen Umweltorganisation an, um zu ergründen und zu überprüfen, welche Bereiche

der Feuchtgebiete vom Öl angegriffen sind. „BP spricht von zwölf Hektar Marschlanden, die angegriffen sind. Ich sehe mit bloßem Auge, dass es deutlich mehr ist. BP lügt.“

### **Tag 39 - 28. Mai**

Präsident Obama kündigt bei einem zweiten Besuch an, die Zahl der Einsatzkräfte zu verdreifachen.

Etwa 240 Kilometer der Küste sind verseucht; in einem Viertel des Golfs darf nicht mehr gefischt werden

### **Tag 40 - 29. Mai**

BP gibt bekannt, das Projekt „Top Kill“ sei gescheitert. Man arbeite an einer neuen Lösung.

### **Tag 50: 8. Juni 2010**

Präsident Obama hat in einem Interview für den Fernsehsender ABC seiner Verärgerung über das Öldebakel im Golf von Mexiko mit drastischen Worten Luft verschafft: Er wolle wissen, wem er wegen des Desasters „in den Arsch treten“ müsse.

Die Experten und die Fischer im Golf von Mexiko seien ihm die besten Ansprechpartner: „Ich sitze nicht einfach herum und unterhalte mich mit Experten, weil es sich um ein College - Seminar handelt. Wir unterhalten uns mit diesen Leuten, weil sie möglicherweise die besten Antworten haben.“ Den Chef des Ölkonzerns BP, Tony Hayward, hätte er schon längst gefeuert, wenn er es könnte.

Hayward hatte sich im Monat April über den großen Zeitaufwand beklagt, den ihn der Kampf gegen die Ölpest kostet, und gesagt, er wolle sein „Leben wieder haben“. Außerdem hatte er die Folgen der Katastrophe heruntergespielt. Der Golf von Mexiko sei ein „großer Ozean“. Die Auswirkungen der Ölpest 2010 auf die Umwelt seien „wahrscheinlich sehr, sehr mäßig“. Dazu sagte Obama in dem Interview: „Er würde nach jeder dieser Bemerkungen nicht mehr für mich arbeiten.“

BP-Chef Tony Hayward und der Konzern geraten immer stärker unter politischen Druck. In drei Ausschüssen des US-Kongresses musste Hayward seinen Umgang mit der Ölpest erläutern.

Mittlerweile gelingt es BP, einen Teil des austretenden Öls abzusaugen. Ein kompletter Stopp dürfte nach Expertenmeinung aber erst im August zu erwarten sein.

Anfang Juni 2010 gründete der BP-Konzern eine neue Organisation, die sich ausschließlich um die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko kümmern soll. Robert Dudley, bisher geschäftsführender Direktor von BP, soll an der Spitze der neuen Organisation stehen. Er ist Ingenieur für Verfahrenstechnik und seit April 2009 für die BP-Aktivitäten in Amerika und Asien zuständig, davor leitete er als Vorstandschef TNK-BP, den drittgrößten Ölförderer. Ganz offensichtlich soll BP-Chef Tony Hayward aus der Schusslinie genommen werden, damit die weltweiten Ölgeschäfte von BP möglichst reibungslos vollzogen werden können.

**Nach über 70 Tagen** sind im Kampf mit der anhaltenden Ölkatastrophe im Golf von Mexiko noch immer keine Zeichen einer entspannten Lage zu erkennen.

Im Gegenteil. Der entstandene Ölteppich mit einer Fläche von mittlerweile 10 000 km<sup>2</sup> erhält durch das noch nicht geschlossene Leck einen Zustrom von täglich 10 Millionen Liter Öl. Kann das Leck nicht geschlossen werden, dann könnte die Quelle BP zufolge noch vier Jahre lang weiter sprudeln. Hinzu kommt gegenwärtig in der Region noch die Gefahr, die von der vor wenigen Tagen begonnenen Hurrikan-Saison ausgehen kann.

### **Ein neuer Plan**

Aus offiziellen Pressemeldungen in der ersten Dekade Juli geht hervor: „Im Kampf gegen die Ölpest im Golf von Mexiko nimmt der britische BP-Konzern einen mit Spannung erwarteten neuen Anlauf zur Eindämmung der Umweltkatastrophe.

US-Krisenkoordinator Thad Allen gab am 9. Juli 2010 grünes Licht für die Installation einer leistungsstarken Absaugglocke, mit der am 10. Juli 2010 begonnen wird. Er habe diesem Plan zugestimmt, weil durch die neue Vorrichtung wesentlich mehr Öl aufgefangen wer-

den könnte, als bisher, sagte Allen. Wenn die Installation der neuen Technik erfolgreich verläuft, soll mit der Absaugvorrichtung künftig das gesamte Öl aus dem lecken Bohrloch am Meeresgrund aufgefangen und an Bord von Spezialschiffen gepumpt werden.“

Die Kurzmeldung in der „Berliner Zeitung“ vom 12. Juli 2010 auf S. 6 lautet: „BP will gegen Ölpest neue Absaugglocke anbringen. New Orleans. Der Ölkonzern BP hat einen neuen Versuch zur Eindämmung der Ölpest im Golf von Mexiko gestartet. Per Unterwasserroboter wurde am Wochenende der alte Trichter über dem lecken Bohrloch abgenommen, über das dann eine neue Absaugglocke gestülpt werden sollte. Die Vorrichtung soll das gesamte Öl auffangen, dürfte aber erst in einigen Tagen voll einsatzbereit sein. (AFP)

Im TAGESSPIEGEL vom 12. Juli 2010 meldete sich Chefkorrespondent Christof von Marschall zu dem neuen Anlauf von BP zu Wort. Wie erfolgreich wird die angestrebte Eindämmung der Ölpest 2010 sein? Seinen Artikel „ZUR HILFE“ startet er mit einer positiven Aussage, um danach überzeugend auf die Fragen zu antworten: Was passiert jetzt genau? Wie lange soll das dauern? Wie groß sind die Erfolgchancen? Was kommt danach? Die Hurrikan-Saison steht bevor. Wie groß ist die Gefahr?

Christoph von Marschall geht davon aus, dass „Küstenwachen-Admiral Thad Allen, der oberste Krisenmanager der Regierung im Kampf gegen die Ölpest, dem BP-Konzern grünes Licht für eine weitere mehrgliedrige Reparatur am Unglücksbohrloch in 1 500 Meter Wassertiefe gegeben hat. Dreierlei soll damit erreicht werden: Die locker sitzende Auffangglocke über dem „Blowout Preventer“ - dem riesigen Ventilsystem über dem Hauptbohrloch -, die nur einen Teil des austretenden Öls erfasst, soll durch eine dicht schließende Glocke ersetzt werden. Bei dieser Auswechslung werden im Innern zugleich Druckmessgeräte installiert. Ihre Messergebnisse sollen helfen, das Bohrloch endgültig von innen zu verschließen, sobald zwei Entlastungsbohrungen ihr Ziel erreicht haben: den alten Bohrschacht einige hundert Meter unter dem Meeresboden. Und ein drittes Spezialschiff namens „Helix Producer“, das Öl aufnehmen kann, soll über ein weiteres Steigrohr mit dem Bohrloch verbunden werden. Dadurch würde die Auffangkapazität auf

53 000 Barrel (8,4 Millionen Liter) pro Tag gesteigert – das wäre erstmals mehr als nach derzeitigen Schätzungen aus dem Bohrloch sprudelt.“

Im Neuen Deutschland vom 14. Juli 2010 auf S. 16 die Pressemeldung AFP/ND aus New Orleans: BP Neuer Trichter montiert: „Dem Ölkonzern BP ist es offenbar gelungen, einen besser abschließenden Absaugtrichter über das leckere Bohrloch im Golf von Mexiko zu stülpen. Life-Bilder auf der BP-Webseite zeigten am Montag die Anbringung der als ‚Top Hat 10‘ bezeichneten Apparatur in rund 1 500 Metern Meerestiefe. Bis Donnerstag soll sich zeigen, ob das Öl vollständig abgesaugt oder die Leitung sogar verschlossen werden kann. Sobald die Apparatur verschraubt ist, will BP mit Belastungstests prüfen, wie dicht diese ist. Die Tests sollen zwischen 6 und 48 Stunden dauern.“

Nach 87 Tagen kann BP das Ausströmen von Rohöl ins Meer erstmals stoppen. - Der Ausgang ist noch ungewiss.

Am 12. und 13. Juli 2010 soll in New Orleans der von Präsident Barack Obama eingesetzte Untersuchungsausschuss zum ersten Male tagen. Von der Ölpest direkt betroffene Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, sich mit Experten darüber zu beraten, welche regulatorischen, rechtlichen, technischen und wissenschaftlichen Themen zu beachten sind.

### **Tag 106 - 4. August 2010**

Der Konzern BP verschließt das Bohrloch im Golf von Mexiko mit Schlamm und danach mit Beton. Das Ölleck ist damit versiegelt.

In Washington erklärt die Energieexpertin von Präsident Obama Carol Brauner:

„Die gute Nachricht ist: Der größte Teil des Öls scheint sich aufgelöst zu haben.“

Umweltschützer melden berechtigte Zweifel an und fordern eine ständige Kontrolle. Jetzt beginnen die Schadenersatzprozesse.

## **Der Konzern British Petroleum (BP) und sein Handeln in der Katastrophe**

Vor zehn Jahren galt dieser größte und erfolgreichste britische Ölkonzern als visionär. Sein Vorsitzender, Lord John Browne, war 1997 der erste Ölmagnat, der öffentlich vor einer Klimakatastrophe warnte. Sie nannten ihn Sonnenkönig, weil er die Solarenergie förderte und wie ein Monarch herrschte. 1995 hatte er den Marktwert der Firma verfünffacht. Für mehr als 100 Milliarden Dollar kaufte er die US-amerikanischen Ölfirmen Amoco und Arco. Sie fusionierten zur „BP Amoco“, dessen Aktienkapital zu 39 Prozent von Amerikanern und zu 40 Prozent von Briten gehalten wird.

Lord John Browne gab dem Konzern einen grünen Anstrich: „Beyond Petroleum“, eine Firma angeblich jenseits von Öl. 2007 musste er zurücktreten. Über die Gründe dafür gab es vielerlei Gerüchte.

Nunmehr übernahm Tony Hayward, nach seiner Profession Geologe, die Firmenleitung als BP-Chef. Das Riesenunternehmen operiert in 80 Ländern der Erde. Ölfelder besitzt der Konzern auch vor der norwegischen Küste in der Nordsee, in der Karibik, in Alaska, Russland und Ägypten.

In einem „Tiefsee-Rausch“ drängte der Geologe Tony Hayward als neuer Vorsitzender des Konzerns BP zu neuen Tiefseebohrungen in der Nordsee, vor Angola und schließlich im Golf von Mexiko.

Und so meldet BP am 2. September 2009 Erfolg am Tiber-Ölfeld im Keathley Canon, 400 Kilometer südöstlich von Houston. Bei einer Tiefseebohrung war sie 1 259 Meter unter dem Wasserspiegel auf „gigantische Ölvorräte“ gestoßen. Hier kam die Bohrinself „Deepwater Horizon“ zum Einsatz.

Zu dieser Bohrinself und überhaupt zur rechtlichen Situation des Betreibens solcher Bohrinseln sind folgende Informationen interessant.

Eigentümer der „Deepwater Horizon“ ist die Transocean, eine der weltgrößten Tiefseebohrfirmen. Die „Deepwater Horizon“, die im Jahre 2001 mit einem geschätzten Wert von 650 Millionen Dollar erbaut worden war, gilt als eine der modernsten Bohrplattformen der Welt. BP mietete die „Deepwater Horizon“ für einen Tagessatz von

335 000 Dollar, zusammen mit Lohn für die Crew und für andere Dienstleister kostet sie täglich rund eine Million Dollar.

Zum Zeitpunkt der Explosion dauerten die Arbeiten am Bohrloch bereits 20 Tage länger als geplant. Aus Zeitgründen wurde von BP gegen die Bedenken der anderen Firmen ein Test abgesagt, mit dem der Zement am Bohrloch überprüft werden sollte. (4)

Bei einer Abschlussbesprechung stritten sich Verantwortliche von Transocean und BP darüber, wie das Loch zu schließen sei. BP gilt in der Branche als sehr bestimmend. Es lässt seine Zulieferfirmen gern spüren, wer bezahlt und damit auch, wer das Sagen hat. Aus Zeitgründen ist BP für eine andere Methode - BP diktiert. Die Arbeiten müssen zum Abend beendet sein. Bei Alarmsituationen vertraute man auf den vorhandenen Blowout Preventer, den Sicherheitsmechanismus der Bohranlage.

Mit 450 Tonnen kann er notfalls das Bohrloch innerhalb einer Minute schließen. Doch das Sicherheitsventil versagte. (5)

In den USA ist der Eigentümer von Ölplattformen nach internationalem Seerecht auf der Grundlage eines Gesetzes aus dem Jahr 1851, dem „Limitation of Liability Act“, genau so versichert wie Schiffe. Das bedeutet, dass die finanzielle Haftung des Eigentümers bei einem Unfall auf den Wert des Objektes nach dem Schadenseintritt begrenzt ist.

In der internationalen Beilage der Tageszeitung vom 9. Juli 2010 setzte sich die Autorin Khadia Sherife in dem Artikel „BP, das Loch und die Machenschaften“ kritisch damit auseinander. Die Schiffseigner der „Titanic“ sollen sich im Jahre 1912 auf dieses Gesetz von 1851 berufen haben. Nach dem Sinken des Schiffes mussten die Eigner lediglich die Summe auszahlen, die dem Wert der Notfallausrüstung und der Rettungsboote entsprach. Wie werden sich die

---

4) Eine ausführliche Stellungnahme zum Thema „Unfall“ siehe Tageszeitung, Beilage vom 9. Juli 2010, S. 8.

5) Zum Sachverhalt sind als weitere Quellen zu empfehlen: TAGESSPIEGEL vom 13. Juni 2010 auf S. 2 I: Wofür stehen die Buchstaben BP? Was will Obama vom BP? Unternimmt BP genug? Wird BP die Krise überleben? „Berliner Zeitung“ vom 15. Juni 2010, S. 9 Warum die US-Regierung die Ölpest im Golf von Mexiko unterschätzte?

„Stern“, Nr. 23, 12. 6. 2010, S. 24 bis 40. „Ölpest“ - der BP-Skandal



riesigen Schlupflöcher im internationalen Seerecht und die laxen Sicherheitsbestimmungen der US-Behörden, bei denen die Ölindustrie selbst mitentscheidet, auswirken? Khadija Sherife berichtet dazu: „Im Verlauf der öffentlichen Untersuchung zur Explosion der „Deepwater Horizon“ waren viele US-Bürger entsetzt, als sie erfuhren, dass es in den USA offensichtlich 'keinerlei Überwachung' der Ölbohrplattformen gibt. Schlimmer noch: Während der Anhörung durch Experten der US-Küstenwache und der Aufsichtsbehörde für Offshore-Ölbohrungen Minerals Management Service (MMS) stellte sich heraus, dass sich die Betreiber und Besitzer der Bohrseln 'selbst zertifizieren und auch die Kriterien entwickeln können, die als sachgemäß gelten'.“ (6)

BP gelingt es mittlerweile, einen Teil des austretenden Öls abzusaugen. Ein kompletter Stopp dürfte nach Expertenmeinung aber erst im August zu erwarten sein.

Lt. Reuters teilte am 28. Juni 2010 der Energiekonzern BP mit, dass sich in den letzten drei Tagen die Kosten für die Beseitigung des Öllecks auf 300 Millionen Dollar belaufen hätten. Damit sei erstmals die Schwelle von 100 Millionen Dollar am Tag erreicht worden. Insgesamt seien für die Versuche zur Schließung des am 20. April nach einer Explosion entstandenen Öllecks, für die Beseitigung von Umweltschäden und für Entschädigungszahlungen bisher 2,65 Milliarden Dollar angefallen. Die aktuellen Kosten dürften weit über 20 Milliarden US Dollar liegen.

### **Präsident Obama im Kampf gegen die Ölkatastrophe**

Präsident Obama ist bekannt und bewusst, dass heute viele Bürger in den USA seiner Regierung eine große Mitschuld an der Ölpest 2010 geben. Er steht in der Kritik, nicht entschlossen und konsequent genug reagiert zu haben. Einer Umfrage der „Washington Post“ und des Senders ABC zufolge sind 69 Prozent der Amerikaner der Meinung, dass die Regierung sich im Umgang mit der Ölpest „nicht so gut“ oder gar „schlecht“ geschlagen habe.

Die republikanische Opposition nutzt die Katastrophe am Golf von Mexiko für den Wahlkampf. Das Krisenmanagement von Präsident

---

6) Quelle: Tageszeitung, internationale Beilage, 9. Juli 2010, S.8.

Obama wird als zu zögerlich und zu ungenügend angegriffen. Es ist zu erwarten, dass das bis zum Wahltag am 2. November so bleiben wird.

Präsident Barack Obama gibt sich aber als Kämpfer, der sich wohl der großen Verantwortung, die mit dieser Katastrophe auf ihn und seine Administration zukommt bewusst ist. Er hat seit 18 Monaten in vielen Diskussionen und Auseinandersetzungen manche auch an seine Person gerichtete Kritik einstecken müssen. Bis heute hätte er keine Reform im Gesundheitswesen erreichen können, wenn er die oft diskriminierenden Äußerungen als erster schwarzer Präsident oder als ein Mann mit angeblich nicht amerikanischem Hintergrund zum Anlass zum Rückzug benutzt hätte.

Der Präsident bestimmt für die gegebene Situation die besondere Verantwortung einiger Minister seiner Regierung. Das betrifft: Ken Salazar ist als Innenminister verantwortlich für Umweltschutz, Nationalparks und für das staatliche Territorium, auf dem Öl und Gas gefördert werden. Dazu gehört auch der Golf von Mexiko. Janet Napolitano ist als Ministerin für Heimatschutz auch Vorgesetzte für den Verwaltungsbereich dieser Region. Steven Chu, Energieminister, richtet mit einem ganzen Team von Spezialisten im Gebäude des Krisenzentrums von BP sein Quartier ein und steht damit für Gutachter-Leistungen u. a. bereit. Schließlich ist da noch Eric Holder, Chef des Justizministeriums. Er wurde persönlich dafür verantwortlich gemacht, Anklageprozesse gegen die an der Ölpest schuldigen Unternehmen und Einzelpersonlichkeiten vorzubereiten. Die juristischen Auseinandersetzungen mit BP und anderen Partnern bilden dabei einen bedeutsamen Schwerpunkt.

Die politische – auch außenpolitische – und ökonomische Dimension und Auswirkung der Katastrophe für die USA werden an hand folgender Tabellen deutlich.

(7) *Nachgewiesene Reserven – weltweit 1.333,1 Milliarden Barrel – davon:*

| Region                  | Milliarden Barrel |
|-------------------------|-------------------|
| Mittlerer Osten         | 754,2             |
| Zentral- und Südamerika | 198,9             |
| Europa und Eurasien     | 136,9             |
| Afrika                  | 127,7             |
| Nordamerika             | 73,3              |
| Asien und Australien    | 42,4              |

(8) *Täglicher Ölverbrauch – weltweit 84,08 Millionen Barrel – davon:*

| Region                  | Millionen Barrel, Stand 2009 |
|-------------------------|------------------------------|
| Mittlerer Osten         | 7,15                         |
| Zentral- und Südamerika | 5,65                         |
| Europa und Eurasien     | 19,37                        |
| Afrika                  | 3,08                         |
| Nordamerika             | 22,83                        |
| Asien und Australien    | 26                           |

Die USA erweisen sich als ein Land mit nur zwei bis drei Prozent Anteil an den bis heute weltweit bekannt gewordenen Ölreserven, aber mit mehr als zwanzig Prozent Anteil am täglichen Ölverbrauch.

In seiner erstmals aus dem Weißen Haus direkt ausgestrahlten Rede an die Nation (9) nutzte Präsident Barack Obama diese Tatsachen dazu, eine politische Mehrheit für eine grüne Energie-Wende zu gewinnen. Und er erinnert seine Landsleute daran, dass besonders die USA an einer solchen Wende nicht vorbeikommen werden. Die Ölpest 2010 fordert nachhaltig, dass ein Umsteuern auf der Tages-

---

7) Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2010, in: Der Tagesspiegel vom 20. Juni 2010, S. 26

8) Quelle: Der Tagesspiegel vom 20. Juni 2010, S. 26

9) s. u. a.: TAGESSPIEGEL vom 17. Juni 2010, S.2

ordnung steht: „Das Öl, ein Stoffgemisch aus 500 vielfach einsetzbaren Komponenten, ist für die Menschheit zu einer Droge geworden, die den Alltag zum Stillstand bringen kann“. Es ist heute kaum vorstellbar, ohne Öl zu leben, aber, so hob US-Präsident Obama in seiner Rede hervor: „Letztlich ist Öl eine endliche Ressource.“

Es geht ihm vor allem darum, zwei Dinge zu erreichen:

erstens - wie bereits erwähnt - eine echte, grundlegende Wende in der Energiepolitik der USA einzuleiten.

„Die Tragödie, die sich an unserer Küste entfaltet, ist die schmerzhafteste und mächtigste Erinnerung daran, dass es an der Zeit ist, eine saubere Energiezukunft zu schaffen. Die Abkehr von fossilen Brennstoffen werde aber einige Zeit dauern.“

zweitens von BP die Einrichtung eines Hilfsfonds in Höhe von 20 Milliarden Dollar festzuschreiben.

Letzterem hat die Führung des Konzerns nach einem intensiven Gespräch im Weißen Haus zugestimmt und entschuldigte sich „beim amerikanischen Volk“. Der Fond soll unabhängig verwaltet werden. BP muss das Geld über vier Jahre aufbringen und wird 2010 keine Dividenden mehr auszahlen.

Chefkorrespondent Christof von Marschall vom TAGESSPIEGEL zitiert aus der 18-minütige Rede des Präsidenten bzw. kommentiert sie wie folgt: Es gelte „die Schlacht gegen das Öl zu gewinnen, das unsere Küsten und unsere Bürger angreift“ Die Golfküste sei jetzt die dritte Front neben dem Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie den Kriegen im Irak, in Afghanistan und gegen das Terrornetzwerk Al Quaida. 30 000 Menschen habe er in die Schlacht zur Landesverteidigung gegen die drohende Ölpest geschickt. Dies sei eine ganz andere Art von Ölkatastrophe als die bisher in den USA überlebten und überstandenen. Ihre Folgen seien nicht so rasch sichtbar wie nach dem Unfall des Tankers „Exon Valdez“ vor Alaska. Aber ihr Ausmaß sei auf die Dauer viel schlimmer. Nicht nur Monate, sondern Jahre werden Mensch und Natur die Auswirkungen zu spüren bekommen.

Sein Plan konzentriere sich auf zwei Punkte. Die Küsten vor dem Öl schützen, befallene Strände gründlich säubern und parallel dazu das offene Bohrloch unbedingt schließen. Das kann möglicherweise erst im August mit den beiden Entlastungsbohrungen endgültig gelingen. So lange durchhalten. Auf Kosten von BP wird ein Hilfs-

fonds von 20 Milliarden Dollar eingerichtet, aus dem die Anwohner auch für entgangene Einkünfte aus Fischerei und Tourismus entschädigt werden.

Im letzten Drittel seiner Rede warb Obama für eine unbedingte Wende in der Energie-Politik der USA. Sprachlich verglich er den Ölverbrauch der USA mit der Situation eines Drogenabhängigen. Zudem habe die Kontrolle der Ölfirmen versagt. Oft sei es zu bestimmten Erscheinungen der Korruption gekommen, die es auszumerzen gelte. Präsident Obama schloss mit einem reichlich nationalen Pathos und dem Rückblick auf Herausforderungen von historischer Bedeutung, die Amerika schließlich auch alle gemeistert habe.

Es wird deutlich - Präsident Obama sah den Zeitpunkt für gekommen, bestimmte Vorwürfe zurück zu weisen, den Bewohnern der Küstengebiete volle Unterstützung zuzusichern und zugleich in aller Deutlichkeit den Nachweis zu führen, dass nicht seine Regierung, sondern der britische Ölkonzern BP die Umweltkatastrophe zu verantworten habe und daher auch in der Verantwortung stehe, das Ölleck zu schließen und für alle Schäden aufzukommen.

Mit diesem Herangehen unterscheidet sich Obama von seinem Vorgänger George W. Bush, der bekanntlich bei der Hurrikan-Katastrophe „Katrina“ viel zu spät reagierte und es bei einem einzigen Besuch mit großen Versprechungen für materielle und finanzielle Hilfe ohne Kontrollmaßnahmen über deren Durchführung und Realisierung einfach bewenden ließ. 2010 hätte er bei einem erneuten Besuch der Region New Orleans erfahren, dass viele Bürger keinerlei Hilfe erfahren haben und dass ganze Gebiete sich in einem noch schlimmeren Zustand befinden als damals.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Katastrophe im Golf von Mexiko auch zu einem Rechtsstreit gegen Entscheidungen der Administration geführt hat. Er wird sicher nicht der letzte sein.

Ende Mai 2010 hatte die Obama-Administration ein für sechs Monate gültiges Verbot von Tiefenbohrungen im Golf von Mexiko verhängt. Sie wollte damit weitere Unfälle verhindern, während eine Regierungskommission die Ursachen der Explosion auf der Plattform „Deepwater Horizon“ untersucht. Das Moratorium hat zur Schließung von 33 Bohrseln geführt. Alle anderen für den Golf

von Mexiko erteilten Lizenzen blieben gültig, d. h. mit ihrer Hilfe konnten Öl und Gas auch weiterhin im Golf von Mexiko gefördert werden.

Die 33 Ölkonzerne hatten gegen das Moratorium geklagt und von einem Bundesgericht in New Orleans im Juni 2010 Recht erhalten. Der von Präsident Obama verhängte Öl-Bohrstopp sei rechtswidrig. Nunmehr hat das Bundesberufungsgericht in New Orleans am 7. Juli 2010 eine von US-Präsident Barack Obama initiierte einstweilige Verfügung gegen die von der Ölbranche erzielte Aufhebung des Verbots abgelehnt. Die Regierung habe nicht ausreichend dargelegt, wie ihr durch die Aufhebung des Verbots irreparabler Schaden entstünde, erklärte das Gericht. Louisianas Gouverneur Bobby Lindal begrüßte die Entscheidung des Gerichts, äußerte jedoch zugleich die Sorge, dass durch die rechtliche Unsicherheit ein „De-facto-Moratorium“ geschaffen worden sei, das in seinem Bundesstaat 20 000 Arbeitsplätze gefährde.

Unterdessen erließ die US-Regierung ein neues Moratorium für Tiefseebohrungen. US-Innenminister Ken Salazar erklärte in Washington, bis zum 30. November 2010 werde es keine weiteren Bohrungen geben.“ Die Ölpest 2010 in den USA belege, dass Firmen nicht ausreichend auf die Schließung von Lecks vorbereitet seien. Deshalb sei ein neues Moratorium notwendig.

### **Wie steht es um die Zukunft von BP - British Petroleum**

Heute gilt es als eine Tatsache, dass der Riesenkonzern British Petroleum (BP) der Verursacher einer der größten Umweltkatastrophen unserer Zeit ist. Das hat Auswirkungen auf die Stellung des Konzerns am Markt und seine Zukunft. Spekulationen sind in Gang gesetzt.

Unter Berufung auf informierte Kreise der Ölbranche im Nahen Osten berichtete am 4. Juli 2010 die Zeitung „The National“ aus Dhahi über das Interesse, dem angeschlagenen Energiekonzern BP finanzielle Unterstützung durch den Ankauf von Kernbestandteilen des Unternehmens zu gewähren. Auch der französische Ölkonzern Total interessiere sich in dieser Richtung für den Erwerb von Teilen des BP. Firmenchef Christophe de Margerie betonte, dass diese Variante zwar gegenwärtig keine Priorität besitze, aber „sollten sie

zum Verkauf gestellt werden, würden wir sie natürlich näher betrachten“. Eine Komplett-Übernahme schloss er aber aus.

Die Financial Times meldete unter Berufung auf eine Person, die an der Erarbeitung der BP-Strategie beteiligt sei, dass im Fall der nicht baldigen Herbeiführung eines ruhigen Fahrwassers für BP solche Rivalen bereit stehen würden wie Exxon, Mobil Oil, Royal Dutch Shell oder Petro China. In verschiedenen britischen Medien ist davon die Rede, dass BP von einem Aktienpaket in Höhe von fünf bis zehn Prozent an einen strategischen Investor ausgehe. Da sei auch an Staatsfonds in Abu Dhabi, Qatar und Kuwait gedacht, aber auch an die Beteiligung eines Konkurrenten.

Die folgenden Tabellen können helfen sich zurechtzufinden:

#### *Die größten BP-Aktionäre (10)*

| <b>Rang</b> | <b>Unternehmen</b> | <b>Land</b>    | <b>Anteil in Prozent</b> |
|-------------|--------------------|----------------|--------------------------|
| 1           | JP Morgan Chase    | USA            | 28,34                    |
| 2           | Blackrock          | USA            | 5,39                     |
| 3           | Legal & General    | Großbritannien | 4,00                     |

#### *Die größten privaten Ölkonzerne nach Umsatz 2009 (11)*

| <b>Rang</b> | <b>Unternehmen</b> | <b>Land</b>    | <b>Milliarden US-\$</b> |
|-------------|--------------------|----------------|-------------------------|
| 1           | Exxon Mobile       | USA            | 301,5                   |
| 2           | Royal Dutch Shell  | GB/NL          | 278,2                   |
| 3           | BP                 | Großbritannien | 239,2                   |
| 4           | Total              | Frankreich     | 182,9                   |
| 5           | Chevron            | USA            | 167,0                   |
| 6           | Conoco Phillips    | USA            | 152,8                   |
| 7           | Eni                | Italien        | 117,4                   |

---

10) erstellt nach Angaben aus DER TAGESSPIEGEL vom 13.07.2010, S. 14

11) erstellt nach Angaben aus DER TAGESSPIEGEL vom 13.07.2010, S. 14

### Weitere Fakten zu den 5 Giganten der Ölbranche (12)

| Name                 | Gewinn 2009<br>in Mrd. US-\$ | Beschäftig-<br>ten-Zahl | Tagespro-<br>duktion in<br>Mio. Bar-<br>rel | Hauptförder-<br>Gebiete   |
|----------------------|------------------------------|-------------------------|---|---|
| Exxon                | 19,3                         | 80.700                  | 3,9   | Nord-, Mit-<br>tel- und Süd-<br>amerika, Na-<br>her Osten,<br>Russland,<br>Pazifik-Raum                   |
| Royal<br>Dutch Shell | 12,5                         | 101.000                 | 3,1   | Australien,<br>Brunei, Dä-<br>nemark, GB,<br>Kanada, Ma-<br>laysia, NL,<br>Nigeria,<br>Norwegen,<br>Oman, |
| Total                | 11,8                         | 96.400                  | 2,3   | Nigeria, Golf<br>von Mexiko,<br>Angola, Ka-<br>tar, Jemen   |
| BP                   | 16,6                         | 80.300                  | 4,0   | USA, Angola,<br>Aserbai-<br>dschan,<br>Ägypten, GB,<br>Lateinameri-<br>ka, Naher<br>Osten, Russ-<br>land  |



|         |      |        |     |  |
|---------|------|--------|-----|--|
| Chevron | 10,5 | 60.000 | 2,7 | Angola,<br>Australien,<br>Aser-<br>baidshan,<br>Bangladesch,<br>Brasilien,<br>Dänemark,<br>GB, Indone-<br>sien, Kanada,<br>Kasachstan,<br>Kuwait, Ni-<br>geria, Thai-<br>land, USA |
|---------|------|--------|-----|--|

Im Neuen Deutschland erschien am 12. Juli 2010 auf S. 8 eine Kolumne von Peter Nowak mit der Überschrift „Soll man BP boykottieren?“. Kritisch setzt er sich mit der Behauptung von der Stiftung für Ethik & Ökonomie Ethecon auseinander, dass ein internationaler Boykott gegen den Ölkonzern BP und seine Tochterfirmen notwendig sei:

„Dieser Boykott soll andauern, bis der Multi sich verpflichtet hat, für die materiellen Schäden und Folgewirkungen der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko aufzukommen.

Na endlich, ist man versucht zu sagen...Wäre dem Ethecon-Aufruf Erfolg beschieden, beschleunigte sich vielleicht der Abstieg von BP zum Übernahmekonzern für einen Konkurrenten. Doch das Problem riskanter Tiefseebohrungen bleibt. Bleiben also nur Lethargie und die Hoffnung auf technische Lösungen?

Nein, der Unfall müsste genutzt werden, um die Irrationalität des ölbasierten Verkehrssystems aufzuzeigen und Alternativen zu fördern. Dazu gehört in erster Linie ein preisgünstiger öffentlicher Nahverkehr, der vielen PKW-Nutzern den Umstieg attraktiv macht. Diesen Wandel würden die Ölkonzerne spüren. Und er brächte sozial gerechtere Mobilität.“ So Peter Nowak.

In der internationalen Presse wird weiter über die Zukunft des BP-Ölkonzerns. Spekuliert. In der Berliner Zeitung vom 15. Juli 2010, S. 8, ist unter der Überschrift „Exxon hat Interesse an BP“ über den „Ausverkauf“ zu lesen: „LONDON. Die US-Regierung bereitet ei-

nem Medienbericht zufolge hinter den Kulissen einen Ausverkauf des Ölmultis BP vor. Wie die britische Sunday Times in der Nacht zum Montag berichtete, gab die Regierung dem heimischen Ölkonzern Exxon Mobil für eine Übernahme ihren Segen. Unter Berufung auf mit der Ölbranche vertraute Kreise schrieb das Blatt, die US-Regierung habe Exxon und mutmaßlich auch Chevron versichert, einer Übernahme von BP aus regulatorischer Sicht nicht im Wege zu stehen.

Damit erhielten die seit Tagen anhaltenden Spekulationen über die Zukunft von BP neue Nahrung. Um die erwarteten Kosten in Milliardenhöhe für Aufräumarbeiten und Klagen nach dem Untergang der Ölplattform im Golf von Mexiko aufbringen zu können, will BP auch Unternehmensteile verkaufen

Am 21.07.2010 soll British Petroleum für 7 Mrd. Dollar Öl- und Gasfelder in den USA an Kanada und Ägypten verkauft haben.

Auf dem Doppelgipfeltreffen G 8/G 20 in Toronto kam es am Rande zwischen dem neuen britischen Premierminister David Cameron und Präsident Barack Obama zu einem Gedankenaustausch über BP. Sie verständigten sich darauf, dass der Konzern ein starkes und stabiles Unternehmen bleiben soll und seinen Pflichten bei den Rettungsarbeiten und bei weiteren Entschädigungszahlungen unbedingt nachkommen müsse.

Für die Erhaltung des Konzerns gibt es offensichtlich handfestpolitische und ökonomische Gründe.

Eine komplexe und bemerkenswert kritische Darstellung des Geschehens gibt der Soziologe und Theoretiker auf dem Gebiet der Globalisierung Ulrich Beck.

Nach einer Analyse des Verlaufes der Ölpest 2010 in den USA veröffentlicht er in der Berliner Zeitung vom 5. Juli 2010 auf S. 28 seine kritische Meinung unter der Überschrift „Der Sturm auf die ökologische Bastille“ mit der bemerkenswerten Schlagzeile „Weltinnenpolitik: Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko hat mehrere Wahrheiten – von veränderten Machtverhältnissen und unkontrollierbaren Risiken“. Darunter ist ein Foto platziert, auf dem 5 mit Arbeitskleidung ausgerüstete Arbeiter suchend am Strand entlang gehen, an dem zwei Touristen sitzen, die sich auf ein Picknick vorbereiten. Die Unterschrift dazu lautet: „Die Langzeit-Katastrophe kommt nur

langsam im Bewusstsein an: Seit mehr als zehn Wochen strömen Tag für Tag Millionen Liter Öl ins Meer. Tausende Ölplattformen sind derzeit in Betrieb.“

Nach dieser Art Einleitung beginnt Ulrich Beck mit knallharten, völlig berechtigten gesellschaftlichen Grundfragen zur Entwicklung der Ölindustrie im Jahre 2010, auf die bis heute weder die Verursacher der Ölpest (Öl-Bohrfirma BP), die politisch verantwortlichen Führungspersönlichkeiten in den USA (bis hin zu US-Präsident Barack Obama), noch die mit der Bewältigung der Folgen der Ölkrise befassten Kreise eine Antwort überhaupt versucht haben:

„Warum kommt es angesichts der Ölpest von 'Deepwater Horizon', einer der größten Umweltkatastrophen in der Geschichte der USA, nicht zum Sturm auf die ökologische Bastille von big oil? Warum wird den dringendsten Problemen unserer Zeit - den ökologischen Krisen und dem Klimawandel - nicht mit derselben Energie, demselben Idealismus, demselben Enthusiasmus, Optimismus und vorwärts strebenden demokratischen Geist begegnet wie vergangenen Tragödien der Armut, der Tyrannei und des Krieges? Oder wird man 'Deepwater Horizon' eines Tages im Rückblick als des ökologischen Roten Oktobers des big-oil-Kapitalismus gedenken? Tatsächlich erinnert der Zustand der Ölindustrie an das ancien régime (13) kurz vor dem Zusammenbruch.“

Ulrich Beck nutzte die jeweils historischen Hinweise auf den Zeitraum des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus zur Aufdeckung von mehreren gültigen Wahrheiten im Zusammenhang mit der Ölkatastrophe unserer Tage. Heraus kommen dabei: Schlamperei und Gleichgültigkeit des Ölriesen BP, vor allem seines Chefs Hayward als ‚reuigem‘ Sünder und Repräsentanten des einzigen verantwortlichen Auslösers der Katastrophe, für den die Existenz des Unternehmens letzten Endes auf dem Spiel stehen wird; Versagen staatlicher Kontrolle in den USA, ungenügende und nicht rechtzeitig eingesetzte Mittel zur wirksamen Einflussnahme auf den Stopp des Öl-Austretens, unzureichende volkswirtschaftliche Regulierung durch die Regierung unter Führung von Präsident Obama; nur fragmentarisches Zusammenwirken der Ölriesen bei der Aus-

---

13 [seit der französischen Revolution ein Begriff für eine alte, überlebte und für die Beseitigung reife Gesellschaftsordnung bzw. Regierungsform -R.S.]

beutung fossiler Ressourcen und bei der praktischen Umsetzung der historisch entstandenen ökologischen Bewegung: „Wüsten in Quellen der Sonnenenergie verwandeln!“ Keiner kann sagen, er habe es nicht gewusst. Die Neuordnung der Weltwirtschaft steht auf der Tagesordnung.

Und Ulrich Beck schlussfolgert: „Eine endlich realistisch gewordene Politik, die „Jahrhundertfehler“ überwinden will, muss auch den veränderten globalen Machtverhältnissen Rechnung tragen. China, Indien, Brasilien und afrikanische Länder werden keinem internationalen Ansatz zustimmen, der ihrem nachholenden Wirtschaftsaufstieg Grenzen setzen will - zu Recht ... Steht Umweltpolitik für den globalen Ablasshandel um CO<sub>2</sub>-Sünden, an denen die Gegensätze der Welt aufbrechen und die damit - vorhersehbar - zum Scheitern und Wieder-Scheitern von Klimakonferenzen führen? Oder vielmehr für den Mut, eine Sonnenenergie-Moderne zu erfinden und in die Welt zu setzen, für die Wohlstand keine ökologische Sünde ist? ... Barack Obama hat es feierlich verkündet: „Es ist an der Zeit, saubere Energien einzuführen“, versprach er der Nation und der Welt im Weißen Haus. Hier und so könnte also der Sturm auf die „Bastille Petroleum“ (BP) beginnen. Am Golf von Mexiko schlägt vielleicht die entscheidende Stunde der amerikanischen Geschichte. Obama könnte der Zukunft seinen Stempel aufdrücken und in der Tat das neue Zeitalter „Beyond Petroleum“ (BP) nach dem Erdöl einläuten.“

(Textkürzungen habe ich zur Verdeutlichung des Gesamtzusammenhangs vorgenommen. R.S.)

In den USA ist es nunmehr die Aufgabe des Analysedienstes „Energy Comment“ und anderer Untersuchungsgremien, sich solchen Problemen zu widmen, wie: Nachweise über Verantwortung, Unglücksursachen bis hin zu groben Fahrlässigkeiten, Kostenbeteiligungen u. v. a. m. Der Ausgang des Ringens um die Zahlung der enormen Kosten ist in den USA, bekannt als „Blame Games“ - Spiel um die Schuld - noch ungewiss. Der Streit darüber kann lange dauern. Schlichtungsverfahren zwischen den Parteien sind zu erwarten. Und dass die Kosten für das Gesamtunglück verzögert gezahlt werden, wird kaum zu vermeiden sein. Was bleibt, ist das Prinzip Hoffnung.

## Schlussbetrachtung

Zwischen der Ölpest 2010 in den USA und den am 2. November 2010 stattfindenden Zwischenwahlen existieren Zusammenhänge und gegenseitige Abhängigkeiten. Die von mir gesammelten Angaben, Tabellen und Skizzen belegen, dass es sich dabei um keinen Automatismus für die eine oder andere Fraktion im Kongress der USA handelt. Immer ist das Gewicht notwendiger Zwischenglieder zu beachten. Und es sollte nie vergessen werden, dass die Wählerinnen und Wähler in den USA am 2. November 2010 letzten Endes ihre eigenen Entscheidungen darüber treffen werden, ob sie überhaupt an den Wahlen aktiv teilnehmen oder zu dem großen Kreis der Nichtwähler gehören wollen, welche Motivation sie zur Wahl bewegt, wem sie von welcher Partei ihre Stimmen geben werden, was sie konkret von den Zwischenwahlen erwarten, welche Bürgerinitiativen sie unterstützen werden und vieles andere mehr. In den unmittelbar betroffenen Bundesstaaten kann dabei durchaus auch der bereits erwähnte hohe Anteil von Afroamerikanern an der Bevölkerung (20 – 40 %) eine Rolle.

Die Übersicht zur Ölpest 2010 erlaubt es, eine gewisse Zwischenbilanz vor allem darüber zu ziehen, welche Schäden der Natur zugefügt wurden und welche Kosten für die betroffenen Menschen entstanden sind und wie diese durch wen zu bewältigen und zu entschädigen sind.

Bereits am 20. Juli 2010 erklärte der Gouverneur von Louisiana, Bobby Jindal, man müsse am Golf von Mexiko von einem Verlust an Öl in Höhe von etwa 1,6 Millionen Barrel, das sind rund 254 Millionen Liter, ausgehen. Diese Menge würde einem See entsprechen, der die Größe von zwei Fußballfeldern hat und rund 35 Meter tief ist.

Anderen Schätzungen zufolge sind insgesamt rund 5,4 Millionen Barrel Öl aus der Quelle ausgetreten. 2,6 Millionen Barrel davon seien entweder verdunstet oder biologisch abgebaut worden.

823 000 Barrel seien von Schiffen aufgenommen, 226 000 Barrel verbrannt und 100 000 von der Oberfläche abgeschöpft worden. (14) Der Beschäftigungssektor Öl im Bundesstaat Louisiana umfasst

---

14) (Mit Reuters/DPA, gedruckt nach Berliner Zeitung vom 22. Juli 2010, S. 9)

immerhin 300 000 Personen, deren Haltungen und Interessen die Politiker im Wahlkampf nicht unterschätzen sollten.

In der Zeitung „Neues Deutschland“ vom 4. August 2010 Seite 1, dass laut US- Regierungsangaben von Ende Juli / Anfang August die Katastrophe im Golf von Mexiko mit rund 780 Millionen Liter (4,9 Millionen Barrel) ausgelaufenen Rohöls alle bisherigen Ölkatastrophen in den USA übertrifft.

Über Öl und Gas hinaus liegen aus der Region rund um den Golf von Mexiko aus den US-Bundesstaaten Louisiana, Alabama, Mississippi, Florida, Georgia, Columbia und Arkansas erste Berichte über durch die Ölpest bereits verursachte Umweltschäden vor. Es werden hohe Verluste und Schäden an Naturreichtümern, Naturressourcen und den entsprechenden Naturprodukten, bei 94 Fischarten und besonders von Meeresfrüchten, bei vielen Vogelarten und vom Aussterben bedrohten Tieren gemeldet.

Für die Ernte des Jahres 2010 werden beträchtliche Ausfälle bei Obst und Gemüse, Feldfrüchten, Tabak, Jute und bei kostbaren Holzarten erwartet. Negativ betroffen hiervon sind sowohl der gesamte Binnenmarkt USA, aber auch der Ex- und Import der USA.

Hinzu kommen zusätzliche Verluste und Kosten, die durch die seit Mai/Juni bestehende Hurrikan-Saison. ausgelöst werden können. Die Wetterforscher haben für 2010 eine überdurchschnittlich starke Wirbelsturm-Saison für den Golf von Mexiko vorausgesagt. Die letzten vier Jahre waren sehr ruhig verlaufen. Im Durchschnitt ereignen sich im Golf von Mexiko pro Jahr sechs Wirbelstürme, davon zwei schwere. Elf Stürme wurden von den Meteorologen mit Namen versehen. Von einem Hurrikan spricht man ab 120 km/h Windgeschwindigkeit, von schweren ab 180 km/h. Die Wirbelsturm-Saison umfasst offiziell die Monate Juni bis November. In diesem Jahr gab es bisher zwei Wirbelstürme, namens „Alex“ und „Bonnie“.

Schon heute wird deutlich, dass in den für die Volkswirtschaft der USA strategisch so wichtigen Zweigen und Bereichen wie Energie, Öl- und Gasindustrie, Landwirtschaft und Tourismus die Ölpest 2010 und die von ihr ausgelöste Umweltkatastrophe ihren negativen Niederschlag - in den Sachberichten, den statistischen Übersich-

ten, den Handels- und Zahlungsbilanzen des gesamten Landes, der Bundesstaaten und der betroffenen Regionen – finden wird.

Die Ereignisse und ihre Folgen werden nicht ohne spürbare negative Einflüsse auf die Lebensumstände der Menschen, Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit bleiben, auch auf ihr Denken und Handeln bis hin zu den Entscheidungen bei den Zwischenwahlen am 2. November 2010.

Auch die über drei Monate lang ganz offensichtliche Hilflosigkeit der US-Regierung und speziell des Präsidenten der USA, Barack Obama, als Repräsentant einer in Wissenschaft, Technik und Technologie führenden Nation, die drei Öllecks im Golf von Mexiko zu schließen und die Konfliktsituation mit dem Ölkonzern BP in den Griff zu bekommen, hat dazu beigetragen.

All das verschärft die allgemeine ökonomische Krise, die noch nicht überwunden ist.

Bei der Mehrheit der US-Bürger wachsen Unsicherheit und Unzufriedenheit im Zusammenhang mit der steigenden Arbeitslosigkeit, sinkenden Gesamteinkommen, zunehmender Verschuldung und wachsende Steuerlasten einerseits und den zurückgehenden öffentlichen Leistungen und Angeboten andererseits.

Selbst führende Politiker auf Regierungsebene, so der Chef der US-Notenbank, wiesen übertriebene Einschätzungen einer etwa zu erwartenden Gesundung der Wirtschaft und eines möglichen ansehnlichen Wirtschaftswachstums zurück.

Bei vielen US-Bürgern hätten die enorm zunehmenden Negativentwicklungen im Beschäftigungssektor den bestimmenden Einfluss auf den Bewusstseinsbereich. Davon müssten gezielte Aktionen in Politik und Wirtschaft ausgehen.

In den USA wächst die Unzufriedenheit vieler Bürger mit den Entwicklungstrends ihres Landes im Vergleich zu anderen Ländern der Welt, mit dem Verlust seiner Vormachtstellung, mit seinen Kriegsabenteuern, bei der rechtzeitigen Verhinderung bzw. Lösung von Konfliktsituationen in verschiedenen Regionen der Welt mit friedlichen Mitteln aber auch mit den ungenügend konstruktiven Beiträgen des Landes bei der Lösung der Klimaprobleme und im Prozess

der Neuordnung der Weltwirtschaft - nicht zuletzt bei der Stärkung der G20-Bewegung.

All dies ist kein Zufall. Selbst innenpolitische Teilerfolge des Präsidenten bei einigen Reformprojekten erwiesen sich vorwiegend als Bürde für die Politik, weil viele Bürger der USA keine Vorteile vor allem für ihre soziale Lage weder erkennen konnten noch in der täglichen Praxis zu spüren bekamen. Der von der Fraktion der Demokraten dem Senat vor geraumer Zeit zur Behandlung und Beschlussfassung eingereichte Entwurf eines Energie- und Klimaschutzgesetzes für die USA wurde vorerst auf Eis gelegt. Bisher habe sich kein oppositioneller Republikaner gefunden, der für das Gesetz stimmen wolle, sagte der demokratische Senator Harry Reid. Präsident Barack Obama hatte aber sein Amt mit dem Versprechen und Anspruch angetreten, dass die USA eine Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen wollten. Das dazu bereits im Repräsentantenhaus verabschiedete Gesetz soll saubere Energien fördern und ein System des Emissionshandels einführen, das die Republikaner aber ablehnen.

Bei diesem für die USA bedeutungsvollen Gesetz geht es aber in erster Linie um längst fällige und notwendige Maßnahmen für den Umweltschutz und die Bewältigung der Klimakrise, nicht um Mehrheitsverhältnisse im Senat. Für die von den Parlamentariern nicht erledigten Hausaufgaben werden am 2. November bestimmt Rügen verteilt. Vor allem die für die frei gewordene Senatssitze auf den Wahlscheinen bereits fest stehenden Kandidaten werden daran gemessen, wie sie mit Einzelinitiativen für Objekte eintreten, die im Gesetzentwurf konkret mit exakt ausgewiesenen Terminen und den für die Erfüllung verantwortlichen Persönlichkeiten enthalten sind. Das werden die Wählerinnen und Wähler verstehen, aber auch mit ihrer Stimmenabgabe honorieren.

Am 2. November 2010 entscheiden US-amerikanischen Wählerinnen und Wähler über die Zusammensetzung der beiden Kammern des Kongresses der USA. Von dieser Entscheidung hängt viel für die politische Zukunft des Landes und nicht zuletzt für weltpolitische Prozesse ab.